



ASF aktuell



WEIBLICH Vierzehn SPD-Frauen bewerben sich in Baden-Württemberg um ein Bundestagsmandat

ROT Sie treten ein für ein neues soziales Gleichgewicht

ERFOLGREICH Am 22.09. wird ihr Einsatz belohnt

SONDERAUSGABE ZUR BUNDESTAGSWAHL

DIE KANDIDATINNEN STELLEN SICH VOR

DAS WIR ENTSCHIEDET.

Liebe politisch-interessierte Frauen,
liebe Leserinnen und Leser,
die heiße Phase des Bundestagswahlkampfes hat
begonnen. Am 22.09. entscheidet sich, ob es ein „Weiter
so“ geben wird, oder ob endlich wieder
sozialdemokratische Politik für die Menschen in unserem
Land gemacht wird. Ob Millionen Menschen von ihrer
Arbeit nicht leben können, oder ob ein flächendeckender
Mindestlohn eingeführt wird. Ob Frauen weiterhin 22 %
weniger verdienen als ihre männlichen Kollegen oder ob
ein Entgeltgleichheitsgesetz kommt. Ob ein unsinniges
Betreuungsgeld gezahlt wird, das Frauen von
Berufstätigkeit und Kinder von guter Betreuung abhält,
oder ob eine moderne Familienpolitik gemacht wird, die
in Betreuung investiert und mehr Kindergeld für Familien
mit kleinem Einkommen vorsieht. Ob der schulische Erfolg
vom Geldbeutel der Eltern abhängt, oder ob für
Bildungsgerechtigkeit gesorgt wird. Ob Altersarmut
zunimmt, oder ob ein schlüssiges Rentenkonzept diese
verhindert. Ob eine Flexi-Quote für Vorstand und
Aufsichtsrat eingeführt wird oder eine echte Frauenquote.
Wir wollen eine moderne Gesellschaft ermöglichen - mit
gleichen Chancen für alle. Das Wir entscheidet.

Vierzehn Frauen bewerben sich in Baden-Württemberg
um ein Bundestagsmandat. In unserer heutigen
Sonderausgabe des ASF aktuell stellen sich die
Kandidatinnen in der Reihenfolge ihres Listenplatzes vor,
sofern die Textbeiträge bis zum Redaktionsschluss bei uns
eingegangen sind.

Mit der Veranstaltungsreihe „Rote Frauen für Berlin –
lernen Sie uns kennen. Die SPD-Bundestagskandidatinnen
laden ein zum Gespräch“ wird die ASF die Kandidatinnen
unterstützen. In jedem der vier Regierungsbezirke bieten
wir einen Termin an. Dort besteht Gelegenheit, die
dortigen Kandidatinnen in lockerer Atmosphäre und im
persönlichen Gespräch kennenzulernen. Eine Übersicht
über die bisher feststehenden Termine und
Veranstaltungsorte ist auf www.asf-bw.de zu finden.

Am 22.09. kommt es auf jede Stimme an. Vier Jahre
politischer Stillstand und Koalitionschaos sind genug. Wir
brauchen einen Regierungswechsel! Denn wir wollen
etwas bewegen in unserem Land. Wir brauchen ein neues
soziales Gleichgewicht und eine gerechtere Politik für die
Bürgerinnen und Bürger.

Deshalb wählen gehen! Denn „Immer dann, wenn Du
Entscheidungen triffst, hast Du Dein Leben in die Hand
genommen.“ (Anthony Robbins).

Anette Sorg
ASF-Landesvorsitzende

IN DIESER AUSGABE

Editorial	Seite 1
Die Kandidatinnen	Seite 2-10
Landesliste	Seite 11
Impressum	Seite 11

KATJA MAST

WAHLKREIS 279 PFORZHEIM, LISTENPLATZ 2

Liebe Genossinnen und Genossen,

Gernot Erler und ich sind Euer Spitzentandem für die Bundestagswahl. Gemeinsam mit unseren Kandidatinnen und Kandidaten, der Partei im Land und vor Ort machen wir Wahlkampf für einen echten Wechsel in Berlin. Das WIR entscheidet. Unser Kanzler heißt Peer Steinbrück.

Am 22. September entscheidet sich, ob sich für uns Frauen was bewegt. Wir wollen nicht länger in einer Republik leben, die auf verbindliche Quoten in der Wirtschaft verzichtet. Wir wollen nicht länger in einer Republik leben, die mit anschaut, dass Frauen 22% weniger verdienen als Männer. Wir wollen nicht länger in einer Republik leben, die prekäre Beschäftigung – 2/3 der Beschäftigten im Niedriglohnbereich sind Frauen – kampflos hinnimmt. Wir wollen mehr wir weniger ich.

Im Land zeigen wir täglich, wie unsere Handschrift unser Baden-Württemberg gerechter macht – Haltung statt Beliebigkeit. Mehr Geld für die Kinderbetreuung, längeres gemeinsames Lernen, mehr Sprachförderung für die Kleinen, das Landesarbeitsmarktprogramm „Gute und sichere Arbeit“ und das Tariftreuegesetz, das indirekt einen Mindestlohn festlegt oder durch den Landesgleichstellungsatlas – so sorgen wir Schritt für Schritt für mehr soziale Gerechtigkeit.

Für mich, als Arbeitsmarkt- und Sozialexpertin, sind gerade die Fragen der Beschäftigung und Teilhabe am Erwerbsleben zentral. Nicht nur, weil ich schon als Kind erlebt habe, wie wichtig meiner alleinerziehenden Mutter mit vier Kindern ihr Halbtagsjob als Putzkraft in einer Schule war. Sondern auch weil ich mit vielen alleinerziehenden Müttern im Gespräch bin, die mir alle sagen: Ich will arbeiten, aber dafür brauche ich auch eine verlässliche Kinderbetreuung. Als Initiatorin des Frauenhausförderverein PF² ist mir klar: Frauen brauchen unsere Solidarität nicht nur bei häuslicher Gewalt. Frauen brauchen auch Solidarität in der Politik. Wir wollen mehr Frauen in den Parlamenten – egal ob in Bundestag,

Landtag oder in den Kommunalparlamenten. Deshalb haben wir in der Landes-SPD jetzt unter tatkräftiger Mitwirkung der ASF ein Nachwuchsförderprogramm aufgelegt und den Reißverschluss bei unseren Kommunalwahllisten in der Satzung verankert. Das ist konkrete Solidarität.



Biographisch bin ich als Arbeiterkind, das den Weg über die Hauptschule bis zum Studium in Heidelberg gegangen ist, natürlich immer mit viel Herzblut beim Thema Aufstieg durch Bildung dabei. Denn es sind die Chancen, die über Teilhabe entscheiden. Das habe ich immer wieder selbst erlebt.

Ich will für Frauen die Hälfte – der Macht und des Himmels – der Arbeit und des Geldes – der Familie und der Freizeit. Dafür stehe ich und dafür setze ich mich ein – dafür steht die SPD seit 150 Jahren. Dafür steht die erste Kanzlerin der Bundesrepublik Deutschland und ihre schwarz-gelbe Regierung nicht – deshalb am 22. September SPD wählen!

Weitere Informationen zu mir und meiner Arbeit findet Ihr unter www.katja-mast.de

HILDE MATTHEIS

WAHLKREIS 291 ULM, LISTENPLATZ 4

Seit 2002 bin ich Mitglied des Deutschen Bundestages. Als stellv. gesundheitspolitische Sprecherin und als Sprecherin der AG Verteilungsgerechtigkeit der SPD-Bundestagsfraktion, ist für mich das Thema Gleichstellung eine der zentralen Gerechtigkeitsfragen.

Die Pflege muss gestärkt werden. Besonders aus Sicht der Frauen!

Als pflegepolitische Sprecherin der Fraktion bin ich auf vielen Veranstaltungen quer durch die Republik unterwegs. Dort merke ich, wie das Thema Pflege den Menschen unter den Nägeln brennt. Gerade für Frauen ist das Thema zentral. Frauen stellen nicht nur die Mehrheit

der Pflegebedürftigen, sondern sind auch diejenigen, die die Pflege anderer innerhalb der Familie übernehmen. Auch der Pflegeberuf wird zumeist von Frauen ausgeübt. Es ist im besonderen Interesse der Frauen, dass wir als SPD die Rechte der Pflegebedürftigen stärken, Angehörige stärker unterstützen und die Arbeitsbedingungen von Pflegefachkräften verbessern. Hierfür haben wir als Partei ein gutes Konzept und hierfür werde ich mich auch in der nächsten Legislaturperiode einsetzen.

Die Gesellschaft darf sich nicht weiter auseinanderentwickeln!



Als Sprecherin der AG-Verteilungsgerechtigkeit habe ich mich in letzte Zeit besonders intensiv mit dem 4. Armuts-

UTE VOGT

WAHLKREIS 258 STUTTGART I, LISTENPLATZ 6

Stuttgart hat eine hohe Lebensqualität und einen guten Arbeitsmarkt. Dies täuscht leicht darüber hinweg, dass auch in Stuttgart Menschen leben, denen eine Teilhabe nur schwer möglich ist. In einer reichen Stadt wird Armut eher versteckt. Umso wichtiger sind sozialdemokratische Themen wie: mehr bezahlbarer Wohnraum, Mindestlöhne, gute Arbeit, Entgeltgleichheit, mehr Kitaplätze und Umweltschutz.

Als Umweltpolitikerin setze ich mich für eine sozial gerechte und dezentrale Energiewende ein. Ich will keine Privatisierung der Wasserversorgung. Energie und gesunde Ernährung müssen bezahlbar bleiben. Lebensqualität braucht bessere Luft, weniger Lärm, gesunde Böden und saubere Gewässer. Umweltbelastungen sind sozial ungleich verteilt, aber: Umweltstandards müssen für alle gelten, unabhängig von Bildung und Geldbeutel. Umweltschutz ist damit kein Luxusthema, sondern vielmehr eine Frage der sozialen Gerechtigkeit.

Frauen arbeiten häufig in Berufen, bei denen Dienst am Menschen geleistet wird – in Erziehung, Pflege oder auch im Verkauf. Arbeit, die für uns alle wichtig ist, muss angemessen bezahlt werden. Wir brauchen gleichen Lohn

ELVIRA DROBINSKI-WEISS

WAHLKREIS 284 OFFENBURG, LISTENPLATZ 8

Seit 2004 arbeite ich als Abgeordnete des Deutschen Bundestages. Mein politisches Engagement begann jedoch viel früher: Als ich an der Carl-von-Ossietzky-Universität in Oldenburg Pädagogik studierte, schloss ich mich 1976 der SPD an.

Die SPD war und ist für mich die Partei, die sich am stärksten für soziale Gerechtigkeit einsetzt. Das weiß ich zu schätzen. Meine Geschwister und ich stammen aus einer Arbeiterfamilie. Hätte es das BAföG nicht gegeben,

und Reichtumsbericht auseinandergesetzt. Die Ergebnisse sind schockierend. Auf der einen Seite wird immer mehr Vermögen in immer weniger Händen konzentriert, auf der anderen Seite können immer weniger Menschen von ihrem Lohn oder ihrer Rente leben. Frauen merken die soziale Ungerechtigkeit besonders stark. Sie stellen die Mehrheit der MinijobberInnen, der ArbeitnehmerInnen in prekären Arbeitsverhältnissen und beziehen oftmals niedrigere Renten, als Männer. Diese Ungerechtigkeiten zu beseitigen, ist unsere Aufgabe in der nächsten Legislaturperiode.

Ich freue mich, auf den gemeinsamen Wahlkampf mit Euch.

Eure Hilde

für gleiche Arbeit, gleiche Chancen im Beruf und mehr Frauen in Führungspositionen. Ich will mich nicht damit abfinden, dass Menschen die den ganzen Tag arbeiten, nicht von ihrer Arbeit leben können. Wir brauchen Mindestlöhne, mehr Zeit für Beruf und Familie, mehr Kitaplätze mit einer verlässlicher Betreuung und guter Betreuungsqualität.



das die SPD mit eingeführt hat, hätten wir nicht ohne weiteres studieren können.

Auch nach meinem Umzug nach Südbaden habe ich mich neben meinem Beruf als Rektorin einer Grund- und Hauptschule weiter in der SPD eingesetzt. Ich zog als erste Frau in den Gemeinderat von Bahlingen ein und wurde 2001 zur Vorsitzenden der SPD Ortenau gewählt.

Seit 2004 gehöre ich im Bundestag dem Ausschuss für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz an und

bin seit 2009 verbraucherpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion.



Dass der Markt sich nicht von selbst regelt, erfahren wir oft genug - spätestens beim nächsten Lebensmittel-skandal. Richtig ernst wird es, wenn die Vorsorge für Alter, Gesundheit und Pflege betroffen ist. Der Rote Faden

meiner Arbeit ist dabei immer die soziale Gerechtigkeit, deshalb setze ich mich ein...

für sichere Produkte und seriöse Dienstleistungen, die sozial und ökologisch erstellt und zu fairen Bedingungen angeboten werden, für wirksamen Schutz vor Abzocke im Internet und im Finanzbereich, für die Sicherheit persönlicher Daten

für gesunde Lebensmittel ohne Gentechnik, und eine starke öffentliche Daseinsvorsorge im ländlichen Raum, für eine nachhaltige, bezahlbare Energieversorgung und bessere Rechte für Mieter*innen

für Mindestlöhne und starke Arbeitnehmer*innenrechte, für eine moderne Familienpolitik und Gleichstellung, für eine Politik, die der Vielfalt der Menschen Rechnung trägt, z.B. im Hinblick auf Alter, Geschlecht, Herkunft, Einkommen und Bildungsstand

Dafür steht die SPD, dafür arbeite ich vor Ort und in Berlin!

RITA SCHWARZELÜHR-SUTTER

WAHLKREIS 288 WALDSHUT, LISTENPLATZ 10

Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit sind für meine politische Arbeit Richtschnur

Gerechtigkeit und Zusammenhalt: Wir Sozialdemokraten/Innen dürfen nicht zulassen, dass sich die Gesellschaft weiter spaltet. Damit alle Kinder in unserem Land gute Chancen haben, müssen wir das Aufstiegsversprechen durch Bildung erneuern. Wir stehen in der Verantwortung, dass Leistung wieder zur gerechten Teilhabe führt.

Gleiche Teilhabe und gute Arbeit: Gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben setzt gute Arbeit voraus. Wer arbeitet, muss davon leben können. Leistung muss sich lohnen. Wer gleiche Arbeit leistet muss dafür den gleichen Lohn bekommen: Frauen genauso wie Männer. Auch müssen Frauen die gleichen Karriereöglichkeiten haben wie Männer, deshalb setze ich mich für eine gesetzliche Quote in Aufsichtsräten ein.

Energiewende, Ressourceneffizienz, innovative Industrie: Nachhaltigkeit heißt für mich so zu wirtschaften, dass auch unsere Enkel eine lebenswerte Welt und intakte Umwelt vorfinden. Weg von fossilen Brennstoffen hin zu Erneuerbaren Energien und effizienten Antriebssystemen. Innovationstechnologien im Effizienz- und Umweltbereich bieten riesige Chancen und Marktpotentiale, und schaffen zukunftssichere Arbeitsplätze. Gleichzeitig müssen wir darauf achten, dass die Energiewende für die Bürgerinnen und Bürger bezahlbar bleibt.

Politischer Werdegang

seit 2011 Mittelstandsbeauftragte für das Handwerk der SPD-Bundestagsfraktion

seit 2010 Mitglied des Deutschen Bundestages (im

Ausschuss für Wirtschaft und Technologie und stv. im Ausschuss für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung), Mitglied in der AG Energie,

seit 2005-2009 Mitglied des Deutschen Bundestages

seit 2007 Mitglied des Landesvorstands

seit 2004 Kreisrätin Waldshut, seit 1999 Gemeinderätin in Lauchringen

seit 2001 Vorsitzende des SPD-Kreisverbandes Waldshut,

seit 1994 Mitglied der SPD



Mitgliedschaften AWO, EUROSOLAR, KLAR – Kein Leben mit atomaren Risiken, Hospizdienst e. V., Gegen Vergessen Für Demokratie e. V., Ver.di

Familie und Beruf

50 Jahre, verheiratet, 2 erwachsene Söhne, Dipl. Betriebswirtin (Uni Zürich)

GABRIELE KATZMAREK

WAHLKREIS 273 RASTATT, LISTENPLATZ 12



ANNETTE SAWADE

WAHLKREIS 268 HOHENLOHE-SCHWÄBISCH HALL, LISTENPLATZ 14

Wir wollen und wir brauchen den Wechsel in Berlin. Nur eine starke und eine selbstbewusste Sozialdemokratie kann das leisten, was jetzt in Deutschland gebraucht wird – kann das leisten, was viele Menschen sich wünschen, aber zunehmend vermissen: nämlich eine echte Chancen- und Teilhabegerechtigkeit. Das gilt auch für uns Frauen. Wir müssen die soziale Schere wieder schließen. Steuergerechtigkeit ist dabei ein zentrales Gebot – sowie die Verursacher der Finanzkrise konsequent in die Pflicht zu nehmen.

Für mehr als 90 Prozent der Deutschen sind gleiche Bildungschancen für alle Kinder das Wesensmerkmal sozialer Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft. Wir Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten verfolgen seit jeher dieses Ziel – politisch, ideell, programmatisch. Ganztagschulen, Rechtsanspruch auf U3-Betreuung und das Neue Kindergeld sind da nur einige Beispiele unseres steten Engagements. Und das heißt auch endlich die Vereinbarkeit von Beruf und Familie umzusetzen. Das heißt, qualitätsvolle Kinderbetreuung und keine Herdprämie wie das Betreuungsgeld.

Teilhabegerechtigkeit heißt aber auch, gerade hier in Baden-Württemberg, die Ballungsgebiete nicht gegen den ländlichen Raum auszuspielen. Heißt auch, Kommunen, Land und Bund zu verzahnen und gegenseitig zu stärken. Im Bundestag arbeite ich an der Schnittstelle zwischen Steuer-, Kommunal- und Gleichstellungspolitik. Ich weiß nur zu gut, wie sehr politisches Gelingen eben jene Verzahnung voraussetzt.

Wir Frauen müssen uns besser vernetzen, Frauen wählen Frauen und Frauen gehen in die aktive Politik. Deshalb habe ich immer den echten Reißverschluss auf unseren Listen unterstützt und ich setze mich für eine echte Frauenquote in Führungspositionen ein.

Diesen Überzeugungen müssen aber Taten folgen – und das geht politisch nur, wenn wir tatsächlich gestalten können. Wenn wir die Regierung stellen und diese große

Verantwortung mit dem gebotenen Respekt und dem angemessenen Selbstbewusstsein übernehmen. Unsere Partei wird in diesem Jahr 150 Jahre alt – und ihre Grundwerte „Freiheit, Gerechtigkeit, Solidarität“ sind so aktuell und so wichtig wie eh und je. Sie hat das Frauenwahlrecht durchgesetzt und viele frauenpolitische Erfolge erzielt. Das soll und muss weiter entwickelt werden.

Lasst uns gemeinsam dafür kämpfen!

Daten und Fakten:

Geboren am 23. April 1953; Chemiestudium an der Humboldt-Universität Berlin; 1982 Ausreise aus der DDR; 1983–1984 Zusatzausbildung in Informationstechnik (Stuttgart); 1984–1991 Landesforstverwaltung Baden-Württemberg; 1991–2012 Umweltministerium Baden-Württemberg

1990 Eintritt in die SPD; 1994-2009 Mitglied des Stuttgarter Gemeinderates; seit 2009 Mitglied im Landesvorstand der SPD Baden-Württemberg; seit 2010 Kreisvorsitzende der Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen (ASF) – Hohenloher Frauen; seit 2011 Mitglied im Landesvorstand der ASF Baden-Württemberg

Vorsitzende der SGK, Kreisverband Schwäbisch Hall sowie stellvertretende Landes- und Bundesvorsitzende der SGK Vorsitzende der pro familia Stuttgart; Mitglied bei ver.di | AWO | Schwäbischer Heimatbund | Gesellschaft der Freundinnen und Freunde der Freilichtspiele Schwäbisch Hall | Männer von Brettheim e.V.

Seit 2012 Mitglied des Deutschen Bundestages,|



Ordentliches Mitglied im Finanzausschuss | AG
Gleichstellung | AG Kommunalpolitik.

HEIKE BAEHRENS

WAHLKREIS 263 GÖPPINGEN, LISTENPLATZ 16



- Geb. 1955, verh. seit 1977, 2 Töchter (1983 und 1985), 1 Enkelkind (2010)
- Bankkauffrau, Dipl.-Religionspädagogin
- Geschäftsführerin, Kirchenrätin und stv. Vorstandsvorsitzende des Diakonischen Werkes Württemberg
- Mitglied in verschiedenen Aufsichtsräten und Verhandlungsgremien

“Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität – aber wie gelangen wir zu den Tätigkeitswörtern?”

150 Jahre SPD, 150 Jahre Engagement für Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität. Aber auf Dauer gesichert sind Demokratie und Sozialstaat noch längst nicht, womöglich werden sie auch niemals vollkommen sein. Aber umso wichtiger ist es – gerade nach den Erfahrungen der Finanzkrise und dem Scheitern der reinen Marktorientierung – sich mit Ideen, Überzeugungen und

Werten für ein demokratisches Gemeinwesen und für soziale Verantwortung in unserem Land einzusetzen.

Herausforderung Pflege

Eine würdevolle Pflege im Alter zu gewährleisten, wird eine der größten Herausforderungen der Zukunft sein, das zeichnet sich schon heute ab. Die soziale Pflegeversicherung ist eine große sozialpolitische Errungenschaft, um die wir in anderen Ländern beneidet werden. Gerade deshalb ist es dringend notwendig, sie finanziell auf stabilere Beine zu stellen und eine wesentliche Lücke zu beseitigen: der eingeschränkte Pflegebedürftigkeitsbegriff muss endlich neu gefasst werden, damit die Bedürfnisse von Demenzerkrankten angemessen berücksichtigt werden.

Starke Wirtschaft – Gute Arbeit

Der Arbeitsmarkt in Baden-Württemberg überzeugt durch seine Stärke in industriellen Kernbereichen, durch seine Innovationskraft und einen soliden Mittelstand. Sorge macht mir jedoch die Entwicklung hin zu immer mehr ungesicherten und schlecht bezahlten Arbeitsplätzen. Es höhlt nicht nur unsere Sozialsysteme aus, sondern schwächt auch erheblich die Binnennachfrage nach Gütern und Waren, wenn inzwischen bereits etwa acht Millionen Menschen in Deutschland für weniger als 8,50 Euro in der Stunde arbeiten. Gute Arbeit muss ordentlich bezahlt werden und die gesetzliche Rentenversicherung muss so stabilisiert werden, dass niemand Angst vor dem Alter haben muss.

SASKIA ESKEN

WAHLKREIS 280 CALW, LISTENPLATZ 18

Liebe Genossinnen und Genossen, Als ehrenamtliche Elternvertreterin ...

möchte ich die Überzeugung mit nach Berlin nehmen, dass der **Aufstieg durch Bildung** auch für benachteiligte Kinder gelingen kann, wenn wir die Eltern stärken und Kindertagesstätten und Schulen befähigen, Nachteile früh auszugleichen und jedes Kind in seinen Potenzialen zu bestärken.

Dazu brauchen die Eltern kein Betreuungsgeld und kein Bürokratiemonster wie das Bildungspaket. Sie brauchen gute, sichere Arbeit, die ein Familieneinkommen gewährleistet, und gute Bildungs- und Betreuungseinrichtungen, auf die sie sich als Erziehungs- und Bildungspartner verlassen können.

Kindertagesstätten und Schulen brauchen dafür gute, verlässliche Bedingungen für Ganztageskonzepte und die individuelle Förderung und Begleitung der

Bildungsbiografie jeden Kindes. Inklusion ist dabei weniger eine Maßnahme als vielmehr eine Haltung, die jeden und jede in seiner Verschiedenheit annimmt und fördert.

Als Kommunalpolitikerin ...

habe ich verstanden und setze mich dafür ein, dass die Politik die unterschiedlichen Lebensbedingungen und Lebensmodelle in den Regionen Deutschlands berücksichtigen muss.

Das gelingt am besten, wenn die Umsetzung politischer Rahmenvorgaben auf der Ebene geschieht, wo sie wirksam werden. Dazu brauchen die Kommunen Handlungsspielräume, aber auch Handlungsfähigkeit durch eine sichere Basis für ihre Finanzen. Nur der reiche Bürger kann sich eine arme Kommune leisten.

Als Sozialdemokratin ...

wünsche ich mir einen Aufbruch **Für mehr Wir** in unserer Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass unserer Gesellschaft die Solidarität an sich verloren gegangen ist, sondern nur der Glaube daran. Dieser Verlust an Hoffnung führt dazu, dass viele sich nicht nur nicht für die Rechte von Benachteiligten einsetzen, sondern nicht mal mehr für die eigenen Angelegenheiten und Interessen, weil sie nicht mehr daran glauben, etwas bewirken zu können. Und genau deshalb glauben die Menschen auch nicht mehr an die Politik im Allgemeinen und die Sozialdemokratie im Besonderen.

Es ist an uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten, den Menschen wieder Hoffnung zu geben für mehr Gerechtigkeit und eine bessere Gesellschaft.

Deshalb will ich nach Berlin ...

Eure

Saskia Esken

Wie ich wurde, was ich bin ...**Persönliches**

*1961, verheiratet, 3 Kinder, 1 Hund, Eltern Sozialdemokraten

Berufliches

- Nach dem Abitur einige Semester Germanistik und Politikwissenschaft
- Tätigkeiten als Produktionshelferin, Kellnerin, Paketbotin, Chauffeurin und Sekretärin
- Ausbildung staatl. geprüfte Informatikerin, Tätigkeit in der Programmierung

Politisches

- Frühes Engagement im politisch orientierten Jugendhaus in Weil der Stadt
- 1990 Eintritt in den SPD-Ortsverein Bad Liebenzell
- Seit 2007 Gemeinderätin, seit 2009 als Fraktionsvorsitzende
- Seit 2008 Vorsitzende des SPD-OV

- Seit 2009 Kreis- und Regionalrätin
- Seit 2009 Mitglied im Landesvorstand der SGK
- 2009 Kandidatur im Wahlkreis Calw für den Bundestag
- Seit 2010 Kreisvorsitzende der SPD
- 2012 erneute Nominierung als Bundestagskandidatin für den Wahlkreis Calw

Ehrenamt

- Seit den Kindergartentagen der Kinder in der Elternvertretung aktiv
- Seit 2011 Mitglied im Landeselternbeirat Ba-Wü, seit Anfang 2012 als stellv. Vorsitzende

Gründung:

- AK der Elternbeiräte im Kreis Calw
 - „Calwer Bündnis gegen Rechts“
 - Bürgerinitiative „DeponieTälesbach – Für eine menschen- und umweltgerechte Sanierung
- Mitglied bei BUND, greenpeace, campact, ver.di, Naturfreunde, Frauenhausverein Calw und bei vielen anderen kleineren Vereinen



DR. DOROTHEE SCHLEGEL

WAHLKREIS 276 ODENWALD-TAUBER, LISTENPLATZ 20

Liebe Genossinnen,

„nimm die Klage aus dem Mund in die Hand“ war einer der Gründe, warum ich **2001 in die SPD eingetreten** bin. Es ist mir wichtig, Gesellschaft mitzugestalten – ob als Kreisrätin des Neckar-Odenwald-Kreises, als Mitgründerin



des Arbeitskreises „Christen in der SPD“, im Ehrenamt als Prädikantin und Vorsitzende des Sportkreises Mosbach oder auch beruflich als Referentin von OB Dr. Frank Mentrup in Karlsruhe.

Nicht zuletzt durch meinen beruflichen Werdegang als Religionspädagogin und Diakonin sowie danach im Landtag

und im Kultusministerium waren mir Sozial- und Bildungspolitik immer eine Herzensangelegenheit. Deshalb setze ich konsequent für Chancengerechtigkeit von Anfang an ein. Bildung bedeutet mehr als reines Wissen. Bildung bedeutet soziale Teilhabe. Nicht der Geldbeutel der Eltern darf entscheidend sein, wie erfolgreich ein Kind wird. Hier muss künftig eine bessere Verzahnung zwischen Bund und Ländern herrschen. Auch dürfen gerade diejenigen Menschen, die auf Unterstützung angewiesen sind, nicht an den viel zu hohen bürokratischen Hürden beim Bildungs- und Teilhabepaket scheitern.

Bildung ist zudem ein Schlüssel gegen Armut. Und Armut haben wir leider zu viel in unserem Land. Zahlreiche Menschen arbeiten für Löhne von denen man nicht leben kann und geraten dadurch später in Altersarmut. Das muss sich ändern! Ein einheitlicher und flächendeckender Mindestlohn ist daher ein Gebot der Menschlichkeit. Aber auch Gesundheit, Daseinsvorsorge, Miete und Mobilität

müssen bezahlbar sein und bleiben. Hier ist der Bund verpflichtet zu handeln. Wir dürfen dies nicht den Kräften eines freien Marktes überlassen.

Wichtig ist, dass wir uns in der Sozialpolitik nicht durch zu viele Fördertöpfe „verzetteln“ und schlussendlich das Geld nicht bei denjenigen ankommt, für die es gedacht war. Vielmehr sollten wir uns mehr auf den Ausbau der entsprechenden Einrichtungen konzentrieren – gute frühkindliche Bildung und Betreuung von Anfang an

sowie Ganztagschulen müssen flächendeckender Standard werden.

Gerne würde ich meinen Wahlkreis „Odenwald-Tauber“ nach der Bundestagswahl in Berlin vertreten und mich für diese Ziele getreu meinem Motto „weniger Ich und mehr Wir“ einsetzen. Hierbei hoffe ich auf eure Unterstützung.
Eure

Dr. Dorothee Schlegel

STELLA KIRGIANE-EFREMIDIS

WAHLKREIS 295 SIGMARINGEN-ZOLLERNALB, LISTENPLATZ 22

Liebe Genossinnen und Genossen!

Ich habe die Herausforderung, für den Bundestagswahlkreis Zollernalb/Sigmaringen zu kandidieren gerne angenommen. Ich möchte mich mit ganzer Kraft dafür einsetzen, dass dieser WK endlich wieder durch eine SPD-MdB vertreten wird. Damit Themen, wie: soziale Gerechtigkeit, Stärkung des Ländlichen Raums, Infrastruktur, Gleichstellung und Integration auch vor Ort ernsthaft voran getrieben werden. Wir haben die Themen und wir arbeiten gemeinsam an ihnen – gemäß dem Motto zu unserem 150. Parteijubiläum: Mehr „Wir“, weniger „Ich“! Ich hoffe, dass ich dazu beitragen kann, dass ab dem 22. September der Frauenanteil der SPD Fraktion und vor allem auch der Bundestagsabgeordneten aus Baden-Württemberg höher sein wird. Wir brauchen mehr Frauen in der Politik, weil diese die Probleme aus einer anderen Sichtweise heraus angehen und lösen.

- geb. 11.11.1965 in Thessaloniki / Griechenland
seit 1986 verheiratet mit Alexandros Efremidis
3 Kinder im Alter von 26, 23 und 19 Jahren
seit 2003 Deutsche Staatsbürgerschaft
- Ausbildung: Volontariat bei der griechischen Zeitung „Thermaikos“ in Thessaloniki/ Griechenland
- Beruf: Gastronomin: Griechisches Restaurant „Beim Alex“, Ausbilderin, Freie Journalisti
- seit 2012 Trägerin des Verdienstkreuzes am Bande der Bundesrepublik Deutschland

Ehrenamtliche Tätigkeiten:

- seit 1998 Vorsitzende des Koordinierungskreises zur Integration in Weinheim
- seit 1999 Stadträtin in Weinheim / seit 2004 stellvertretende Fraktionsvorsitzende
- seit 2009 Kreisrätin
- seit 2000 Vorsitzende des griechisch-deutschen Freundeskreises PHILIA e.V.

- seit 2005 Vorstandsmitglied des Netzwerkes griechisch-stämmiger Kommunalpolitiker in Europa, AG-Sprecherin Gleichstellung und Integration in Europa
- seit 2007 Vorsitzende des Stadtteilvereins „Pro Weststadt e.V.“ Weinheim
- seit 2008 Vorsitzende des SPD OV in Weinheim
- seit 2010 Mitglied des Prüfungsausschusses AdA „IHK Rhein-Neckar“
- Mitglied des LaVo SPD Baden-Württemberg
- Mitglied des AsF LaVo Baden-Württemberg
- Mitglied des Kreisvorstandes Rhein-Neckar
- Mitglied der Fachbeiräte Integration und Europa des SPD Landesverbandes



Meine Schwerpunkte:

- Gleichstellung,
- Europa
- Integration
- Bildung / Familie, Jugend

CLAUDIA SÜNDER

WAHLKREIS 270 AALEN-HEIDENHEIM, LISTENPLATZ 24



REBECCA HUMMEL

WAHLKREIS 289 REUTLINGEN, LISTENPLATZ 26

Liebe Genossinnen,
ich bin nicht nur eine Verfechterin einer Interessenpolitik für die Frau, ich profitiere auch davon. Ich weiß, dass ich meine Kandidatur als Frau den unermüdlichen Bemühungen vieler Frauen in der 150 jährigen Geschichte der SPD verdanke, Frauen, die sich für die Gleichstellung in unserer Partei und unserem Land eingesetzt haben und noch einsetzen. In der SPD haben wir viel erreicht: die Liste der SPD Ba-Wü wurde im Reißverschlussverfahren erstellt um zu gewährleisten, dass Frauen in gleicher Stärke ins Parlament einziehen wie Männer. Dass wir damit nicht etwa ein Biotop für ungeeignete Kandidatinnen geschaffen haben, wie es auch heute noch immer wieder hinter vorgehaltener Hand zu hören ist, sehen wir an den engagierten Frauen auf der Landesliste in Ba-Wü und der politischen Kultur in Deutschland: Frauen sind heute eine Selbstverständlichkeit in der deutschen Politik. Das beansprucht sogar die CDU für sich, die über Frauen an der Spitze verfügt. Bei genauerem Hinsehen stellt sich aber die Frage, wieso es die Konservativen nicht schaffen, endlich auch eine vernünftige Quotenpolitik in den Führungsetagen der Wirtschaft durchzusetzen? Hier sträubt man sich in alter Manier gegen Quoten, die in allen anderen Bereichen, in denen sie eingeführt wurden, nachweislich für mehr Gleichberechtigung, höhere Effizienz, weniger Korruption und ein besseres Betriebsklima gesorgt haben. Hier fällt

Frau Merkel ihrer eigenen Ministerin in den Rücken, die sich seit Jahren in der falschen Partei für die richtige Richtung einsetzt. Frau von der Leyen muss feststellen, was wir schon lange wussten: die CDU ist nicht die Partei der Gleichstellung der Frau. Wirkliche Solidarität gibt es nur mit dem Original, der SPD.



Für die Gleichstellungspolitik, aber auch für jeden anderen Bereich gilt: Dieses Land und dieses Europa werden wir nur mit einer Politik der Solidarität in eine bessere Zukunft führen können. Ich hoffe, dass ich diesen Weg ab September mit Euch gemeinsam im Bundestag gehen kann.

VANESSA RIESS

WAHLKREIS 272 KARLSRUHE-LAND, LISTENPLATZ 28

Liebe Leserinnen und Leser,
mein Name ist Vanessa Rieß. Ich bewerbe mich bei den Bürgerinnen und Bürgern des Wahlkreises Karlsruhe-Land um einen Sitz im Bundestag.

Ich wurde am 26. März 1979 in Bad Nauheim geboren, bin verheiratet und wohne in Jöhlingen. Von Beruf bin ich Diplom-Volkswirtin.



Ein Mitglied des Bundestags ist für mich Botschafter/in der Interessen der Bürger/innen beim Staat. Viel zu oft wird von „denen da oben“ gesprochen, wenn Bundespolitiker/innen gemeint sind. Deshalb ist mir die Nähe zu „de Leut“ und ein offenes Ohr am wichtigsten.

Ich möchte Bundestagsabgeordnete werden, um unsere Zukunft mitzugestalten.

Mein wirtschaftliches Fachwissen will ich dafür einsetzen, dass wir wieder in einer Sozialen Marktwirtschaft leben können

- mit fairen Gehältern, gleichen Chancen für Frauen und Männer und dem Recht, Familie und Beruf zu verbinden

- mit einem gerechten Steuersystem, ohne Vergünstigungen nur für die, die sich einen Steuerberater leisten können
- mit der Haftung von Unternehmen und Banken für ihre eigenen Geschäfte
- mit einem Staat, der endlich erkennt, dass Bildung unsere Zukunft ist
 - mit einer Netzpolitik auf der Höhe der Zeit, die nicht der Realität hilflos hinterherhinkt.

Ich möchte Bundestagsabgeordnete werden, um „meine“ 21 Gemeinden in Berlin zu vertreten. Hier bei uns liegen Natur und Hightech, städtischer und ländlicher Raum eng beieinander. Von Spargel bis Wein und von Präzisionslasern bis Großküchen wird bei uns fast alles hergestellt. Durch diese Vielfalt sind aber auch die Interessen und Probleme der Menschen in den Gemeinden sehr unterschiedlich. Sie sollen trotzdem alle in Berlin gehört werden.

Dafür möchte ich arbeiten und dafür wünsche ich mir von den Wählerinnen und Wählern am 22.09.2013 den Auftrag.

Eure

Vanessa Rieß



LANDESLISTE

ALLE BADEN-WÜRTTEMBERGISCHEN KANDIDATINNEN UND KANDIDATEN AUF EINEN BLICK

Platz

1	Gernot Erler	21	Macit Karaahmetoglu
2	Katja Mast	22	Stella Kirgiane-Efremidis
3	Christian Lange	23	Jens Löw
4	Hilde Mattheis	24	Claudia Sünder
5	Rainer Arnold	25	Daniel Born
6	Ute Vogt	26	Rebecca Hummel
7	Lothar Binding	27	Thorsten Majer
8	Elvira Drobinski-Weiß	28	Vanessa Rieß
9	Martin Gerster	29	Hannes Munzinger
10	Rita Schwarzelühr-Sutter	30	Thomas Mengel
11	Josip Juratovic	31	Parsa Marvi
12	Gabriele Katzmarek	32	Nicolas Schäfstoß
13	Lars Castellucci	33	Ergun Can
14	Annette Sawade	34	Michael Wechsler
15	Stefan Rebmann	35	Tobias Volz
16	Heike Baehrens	36	Alexander Bauer
17	Martin Rosemann	37	Jochen Jehle
18	Saskia Esken	38	Walter Krögner
19	Johannes Fechner	39	Julien Bender
20	Dorothee Schlegel	40	Adnan Sabah



Landesparteitag am 02.03.2013 in Heilbronn

IMPRESSUM

Herausgeber
SPD-Landesverband Baden-Württemberg

Redaktionsanschrift
Wilhelmsplatz 10, 70182 Stuttgart
Tel. 0711/61936-0, Fax 0711/61936-20

www.spd-bw.de

Layout: Dr. Gudrun Igel-Mann
Fotos: SPD-Landesverband, SPD-Parteivorstand
Konzeption & Gestaltung: IFK Berlin, www.ifk-berlin.org

Namentlich gekennzeichnete Beiträge geben die Meinung des Verfassers, nicht aber (unbedingt) die Meinung der Redaktion wieder.